

**REPUBLIK ÖSTERREICH**

Der Bundesminister für Verkehr

Pr.Zl. 5905/12-1981

II-2425 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen

des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

1089/AB

1981 -05- 20

zu 1117 U

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage
der Abg. Huber und Genossen, Nr. 1117/J-
NR/1981 vom 1981 03 31, "Sicherung des
Bahnübergangs Lavant".

Ihre Anfrage erlaube ich mir, wie folgt zu beantworten:

Zu 1

Der Landeshauptmann von Tirol wurde im Zusammenhang mit dem tödlichen Unfall im Bereich der Kreuzung der Eisenbahnstrecke Bleiburg/Innichen mit der Lavanttaler Landesstraße ersucht, ein Ermittlungsverfahren über die Sicherung der gegenständlichen Eisenbahnkreuzung durchzuführen, das jedoch noch nicht abgeschlossen ist.

Zu 2

Die ÖBB sind selbstverständlich interessiert, zur Sicherung aller schienengleichen Eisenbahnübergänge beizutragen. Dabei ist aber festzuhalten, daß die Notwendigkeit verstärkter Sicherungen bei den Eisenbahnkreuzungen nicht auf einen vermehrten Eisenbahn-, sondern auf den gestiegenen Straßenverkehr zurückzuführen ist. Die beiden seit dem Jahre 1976 an der gegenständlichen Kreuzung erfolgten Unfälle sind auf Unachtsamkeit der Fahrzeuglenker zurückzuführen.

Bei der in Rede stehenden Kreuzung sind die ÖBB - da in der Eisenbahnfrequenz dieser Strecke keine Steigerung erfolgt ist - verpflichtet, auf Grund der Bestimmungen des Eisenbahnrechts gegenwärtig nur die konsensgemäße Sicherung zu erhalten. Sollte im nunmehr laufenden Verfahren die Errichtung einer Schrankenanlage angeordnet werden, wird hinsichtlich der Aufteilung der Kosten auf die beiden Verkehrsträger Bahn und Straße entsprechend den Bestimmungen des § 48 Eisenbahngesetz 1957 zu entscheiden sein. Die ÖBB sind jedenfalls bereit, den auf sie entfallenden Anteil zu tragen.

Zu 3

Die ÖBB haben seit 1956 gemeinsam mit dem Amt der Tiroler Landesregierung von den damals vorhandenen 31 Eisenbahnkreuzungen mit Landesstraßen 15 beseitigt bzw. gesichert. Hiebei wurden der Interessens- und Gesetzeslage entsprechend die überwiegenden Kosten vom Land getragen.

Die ÖBB sind auch in Zukunft bereit, entsprechend ihren Interessen und den ihnen erwachsenden Vorteilen sowie im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten zur Beseitigung bzw. Sicherung stark frequentierter Kreuzungen der Bahnstrecken mit Straßen beizutragen.

Wien, 1981 05 18
Der Bundesminister

